

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post erfl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seither Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pf. für die einspaltige Petizelle oder deren Raum berechnet. — Inferate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 15.

Sonnabend, den 12. April 1919.

23. Jahrgang.

## Die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens\*.

Das deutsche Wirtschaftsleben hat zur Zeit einen Grad der Zerrüttung erreicht, der allen Kreisen eindringlich ans Herz legt, um zu halten, um eine vollständige Verwüstung unserer wirtschaftlichen Existenz zu vermeiden oder zu verhindern. In der Justiz sind neben den Streits um höhere Löhne auch politische Streits geführt worden, die ganz nüchtern Weise eine Drosselung des Wirtschaftslebens herbeiführten mussten, ohne irgendwelche positive Ziele haben zu können. Die Arbeitsunlust, die sich infolge der vierzehnjährigen Einschränkungen im Kriege bei weiten schäden der Arbeiter und der Gesamtbewohner bemerkbar macht, trug ebensoviel zu einer hebung des wirtschaftlichen Lebens unserer Bevölkerung bei. Auch der Rückgang der Arbeitsleistung, der aus der Industrie vielfach berichtet wird, und den die Industriellen fröhlicherweise auf den Übergang vom Alltag zum Stundenlohn gründeten, ist ebenfalls ein Krebschaden, der an unserer Existenz hängt. Alle diese genannten Faktoren wirken darauf ein, daß der endgültige Warenmangel in Deutschland nicht behoben werden kann, weil nicht gearbeitet wird.

Dass unter diesen Umständen eine Lähmung der Unternehmungslust in der Industrie eintreten kann, versteht sich am Ende. Für die Industrie kommt ja vielfach die Schwierigkeit hinzu, keine genauen Kalkulationen für ihre Produktion aufstellen zu können, weil sie die Preisbewegungen der nächsten Monate ebensoviel wie die Bewegungen der Arbeiter voraussehen können. Ein neutraler Ausland spricht man heute von einer Friedensstufe der Industrie, die darin besteht, daß die Industrie die Produktion einprägt, weil sie trock des Warenmangels keine Käufer findet, denn die Abnehmer halten mit ihren Aufträgen zurück in der Erwartung eines höheren Preissatzes. In Deutschland haben diese Erwägungen noch nicht die gleiche Rolle spielen können, weil bei uns der Arbeitermangel so akut ist, daß es nur der Rohstoffe, der Arbeitskraft und der Arbeitslust bedarf, um die Produktion in Gang zu bringen. Die Arbeitskraft wäre darum, für eine Reihe von Industrien und auch die Rohstoffe, wenn nur wichtige Teile der Arbeiterschaft dazu zu bringen waren, Arbeitslust und Arbeitsleistung wieder zu Ehren kommen zu lassen. So aber sehen wir bei Betriebsbeschränkungen und selbst Betriebsstillstellungen in ganzen Industrien zweigen, wo bei richtiger Organisation und bei genügender Arbeitskraft aller Betriebe solche Arbeitsbeschränkungen nicht nötig wären. Das Reichsberichtsblatt vom Februar berichtet, daß alle Betriebszweige unserer Industrie, besonders aber die Spinnereigewerbe, die Metallbearbeitung und die Eisenindustrie ein überreinimmendes Bild zeigen: das der stagnation. Die Arbeitslosenzahlen sind von 30 000 Anfang Januar auf 900 000 Anfang Februar gestiegen. In Westfalen wurden 16 000, in der Rheinprovinz 117 000 und in Sachsen 163 000 Arbeitslose gezählt. Im betroffenen linksrheinischen Gebiet ist dagegen die Arbeitslosigkeit zurückgegangen und zum Teil sogar auf ein Minimum gesunken.

Es ist gar kein Zweifel möglich, daß die Arbeitslosigkeit erheblich erniedrigt werden könnte. Der Bergbau braucht Arbeitskräfte in großer Zahl; wir könnten heute unsere Kohlenproduktion gar nicht unentwegt gestalten. Je mehr Kohle wir fördern, je mehr können wir die Möglichkeit für die weiterverarbeitende Industrie, ihren Betrieb wieder in vollem Umfang aufzunehmen und dadurch undritzenenden Arbeitslosen Beihilfe zu geben. Außerdem

freilich ist es nicht nur ein Teil der Industriearbeiter, der zur Vermehrung des Chaos beiträgt. Es außerordentlich interessant, zu beobachten, wie die berühmtesten Staatsmänner von einst nun für sich das Recht in Anspruch nehmen, das ganze wirtschaftliche und politische Leben unseres Volkes in Vermittlung zu bringen. So reklamieren für sich die Deutsche Tageszeitung für die deutsche Landwirtschaft das fiktive Recht, die Streitwaffe anzuwenden, um die Kriegsversorgungsorganisation und die Beschlagnahme der Lebensmittel abzuschütteln. Die „Voss. Zeitung“ berichtet aus dem Amt Buxbach, daß die Kindheitskinder sich verpflichtet haben, keine Milch mehr zu liefern, wenn der Preis nicht auf 80 Pf. erhöht wird; die Landwirte der Amtshauptmannschaft Grimma wollen den Milchstreit beginnen, wenn die Beamtenehre nicht aufgehoben wird; in Württemberg und im Posener Land werden die Beamten schwer misshandelt, die zur Revision auf die Güter und Schiffe hinausgeföhnt werden. Und eine der ersten Stufen von Thron und Altar von einst, der Hanauer, erklärte in der landwirtschaftlichen Woche, daß, wenn „wir“, das heißt die Junker, nicht vor Streit geschützt werden, müssen wir die Lieferungen einstellen. Wir ist es ganz gleich, ob ich als Schafsmacher verspielen werde.“ In dem gleichen Tone klängt manche Rede auf der Tagung des Bundes der Landwirte aus.

Die Scholzjunker, die im Kriege auch während der Revolution ausschließlich Geschäfte gemacht haben, scheinen ganz und gar zu vergessen, daß wir jetzt in der Revolution leben, und daß, falls ihnen das hell steht, sehr leicht die Möglichkeit hergestellt werden kann, daß sie es auch getraut bekommen. Wir bitten sie, zu beachten, daß man in dieser Zeit aus deutschen Eichen auch Galgen für die Reichen machen kann, und daß wir, so sehr wir auch für eine ruhige Entwicklung eintreten, die ertragen sein würden, wenn es sich darum handeln würde, das Verbrechen der Lebensmittelwerke unserer eigenen Landwirtschaft abzuwenden. Dieses Verbrechen an der großstädtischen Bevölkerung würden wir uns keine Woche lang gefallen lassen. Und glücklicherweise ist der maßgebende überwiegende Teil der Landwirtschaft auch vernünftig und bürgerlich genug gefunden, um sich von derartigen verbrecherischen Aktionen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes fernzuhalten.

Immerhin sind auch diese Fälle, in denen die destruktiven Tendenzen stark hervortreten, ernst genug, um in diesem Zusammenhang aufzuführen zu werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß wir überall zur Bevierung kommen und das dafür gesorgt wird, daß die Arbeit in der Landwirtschaft wie in der Industrie in möglichst weitem Umfang wieder aufgenommen wird. Die Gemeinschaften sind und müssen unausgesetzt weiter bestrebt sein, die Industrie in Gang zu bringen und in ihrer Arbeitsgemeinschaft mit den Nutzniehern verbündet wird fortwährend in diesem Sinne gearbeitet. Aber auch die Arbeiterräte sollen ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft in gleicher Richtung ausüben und insbesondere dafür Sorge zu tragen suchen, daß die wilden Streiks, mögen sie politischen oder wirtschaftlichen Zielen angeblich dienen, unterbleiben, oder zumindesten nicht den Umfang annehmen, daß sie unser wirtschaftliches Leben lahmlegen. Es ist die Pflicht aller Kreise und Einrichtungen der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß wir nicht zugemindergesessen. Deutschland darf nicht dem Niedergang entgegenbrach werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil der Aum Deutschland ein schlimmes für die deutsche Arbeiterschaft auszulegen drohte. Die deutschen Arbeiter würden in der Tat wirtschaftlichen Selbstmord begehen, wenn sie jetzt nicht mit aller Kraft dafür sorgen, daß unser Wirtschaftsleben möglichst in vollem Umfang in Gang gebracht wird.

Es ist gar kein Zweifel möglich, daß die Arbeitslosigkeit erheblich erniedrigt werden könnte. Der Bergbau braucht Arbeitskräfte in großer Zahl; wir könnten heute unsere Kohlenproduktion gar nicht unentwegt gestalten. Je mehr Kohle wir fördern, je mehr können wir die Möglichkeit für die weiterverarbeitende Industrie, ihren Betrieb wieder in vollem Umfang aufzunehmen und dadurch undritzenenden Arbeitslosen Beihilfe zu geben. Außerdem

die Nachfrage nach Kohlen im neutralen Auslande erheblich stark und unsere Steinlohlen würden unser wertvolles Auszuschöpfen gegen die Lebensmittel des neutralen Auslands darstellen. Wie ungemein wichtig die Kohlenförderung für uns in diesem Moment ist, geht am besten daraus hervor, daß das ganze Lebensmittelabkommen mit der Entente hinfällig ist, wenn wir nicht durch unsere Arbeit Zahlungsmittel schaffen. Solche Zahlungsmittel stellt unser Papiergeld nicht dar, diese Scheine will das Ausland gar nicht haben, weil es mit ihnen nichts anzufangen weiß. Lagen gegen brauchen die neutralen Länder, in denen wir vorwiegend Lebensmittelabfuhr machen müssen, unbedingt unsere Produkte. In gleicher Weise ist der fortwährende Betrieb unseres Kalibergs eine eines wichtigen Voraussetzungen dafür, daß wir aus dem Auslande, besonders aus dem feindlichen Auslande, Lebensmittel erhalten, weil auch das feindliche Ausland mit unseren Kaufmännern anfangen kann, sondern dafür unsere Waren braucht. Wie wichtig die Stahlproduktion für unsere eigene landwirtschaftliche Erzeugung ist, braucht hier gar nicht auseinandergezählt zu werden. In diesen beiden bergbaulichen Produktionsgebieten besteht aber immer noch Arbeitermangel, obgleich in den anderen Industriegebieten die Zahl der Arbeitslosen zunimmt. Auch die Sandsteinbrüche bedurf zahlreicher Arbeitskräfte, um die Frühjahrsarbeiten einzustellen zu können. Sie ist in diesem Jahre besonders klimatisch, weil ihr die russischen Kriegsgefangenen, die während des Krieges in der Landwirtschaft tätig waren, fehlen, und weil ihr nach Ende der Dinge ein Erfolg durch einwandernde Arbeiter aus dem Osten nicht geboten werden kann. Soll die landwirtschaftliche Erzeugung in diesem Erntefahre nicht Schiffsbruch leiden, dann ist es ein dringendes Gebot, daß arbeitslose Industriearbeiter, die von außen aus mit den ländlichen Verhältnissen vertraut waren, schließen in die ländlichen Gebiete wieder zurückzutreten. Die Hecke, die im Spatibus und unabhängiger Seite gegen diese wiederholten Aufrüttungen der Regierung gerichtet wurde, ist nicht nur destruktiv, sondern ein Verbrechen an der Arbeiterschaft; denn die Lage ist so, daß, wenn die Arbeiter nun nicht bald selbst Genüngungen in unsere Produktionsverhältnisse wieder Ordnung hinzubringen, und dazu gehört insbesondere die volle Aufnahme der schwachwirtschaftlichen und der beraubtlichen Produktion, dann wird in wenigen Monaten nicht die Abwanderung in die ländlichen Gebiete, sondern überhaupt die Auswanderung in fremde Länder für den deutschen Arbeiter zur Diskussion stehen. Das ist nun einmal Tatsache, daß Deutschland noch viel mehr als früher nur die eine Wahl hat, entweder Menschen oder Waren zu exportieren. Es ist daher eine Veränderung an den deutschen Arbeitern, wenn man sieht, wo Verhinderung für sie ist und wo sie durch ihre Arbeit die anderen Arbeiter unseres Landes Gewinn leisten. Am Ende dieser Abhandlung, die künftig zurückzugehen wird, steht noch, wenn die Industrie vollständig verwüstet ist, uns nichts anderes als

zu Seiten der Geschäftsvorläufe sollte auf Reisetickets zurückgegriffen werden. Heute schaut man nicht nur den Gewinn ausfall, man entblödet sich nicht, die Zustände wirtschaftlicher Art noch zur Erzielung hoher Gewinne auszunutzen. Alle Werke erbeiten in Streitzeiten mit geringeren Ergebnissen, ohne darum Preise heraufzusetzen, solange Konkurrenz droht. Nur die deutsche Schwerindustrie und die ihr gleichgesinnten Unternehmer wollen auch die größte Art des Volkes ihrem Geldbeutel dienstbar machen. Nachdem schon im Kriege Hunderte von Millionen verdient wurden, will man aus den unterbeschäftigte Werken die größten Gewinne herauswirtschaften — und dabei rückt von dem eigenen Gewinn einbüßen.

Begreift denn kein Mensch, daß das in heutiger Zeit & verrät ist?

Die Schwerindustrie, die deutsche Eisen für französische

nation geliefert hat, fragt danach nicht. Ihr kommt es auf den wirtschaftlichen Zusammenhang in Deutschland wenig an, wie auf den Verlust des Krieges, an dem keinerlei Schuld haben will. Ihr verdanken wir zum besten Teil die Geldzurückgewinnung. Denn sie hat querjüngst bei Kriegsbeginn die Abnahmefrist für Granatäste unerhört hoch bemessen, dann schnappte mit Schwerindustrie ein Werk dem anderen die Arbeit weg — und dann erst bewegte sich die Kurve der Lebensmittelpreise aufwärts. Die Schwerindustrie wird noch heute Millionen für politische Propaganda aus — tragen soll sie das aus allen Wunden blutende Volk!

Unsere gesamte Industrie ist bedroht. Im Auslandsmarkt stehen selbst unter Berücksichtigung des hohen Marktes unsere Preise noch fast doppelt so hoch wie die englischen und amerikanischen Preise. Anscheinend verfügt man darüber, daß das Reich die zum Ausgleich notwendigen Ausfuhrprämien zahlen wird. Eder daß es wieder das Reich ist, das die Ware übernimmt, um damit die Lebensmittel zu bezahlen. So könnten die aus der Kriegszeit her gewohnten Menschen auch jetzt noch hohe Gewinne bringen, die dann der Steuerzahler trägt.

Damit aber treiben wir dem Zusammenbruch entgegen. Keine

Macht der Welt könnte uns davor schützen, wenn die Regierung

selbst sich blind vor die Gefahren stellt. Der Arbeit bleibt ver-

dienten wir, daß das Reich die Bewirtschaftung von Eisen und

Stahl vorzeitig aus der Hand gab. Der Erfolg ist, daß die Staatsentwickelung ein Jahr schon 2½ mal so hoch sind als Ende 1918.

Die Folgen dieser Politik werden sich bald in allen Zweigen

unseres Erwerbslebens, den Eisen die Grundlage der Existenz ist — in der Wissenschaftsindustrie, der Metallindustrie, dem Eisenbahnbau usw. bis zum Baumwolle — spüren lassen. Wo

ist die starke Hand, die zettet und Ordnung schafft?

Am 12. April 1919

Walter Röder

Der Steinarbeiter

Die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens



eine Urtheit gleiche Aftordjäge festzusehen. Der Verdienst des einzelnen Aftordarbeiteis soll nicht unter den festgesetzten Zeitlohn en, sofern nicht nachweislich die Gründe des Mindestentgeltes in der Perion des Arbeiters liegen. Die Feststellung des Grundes des Mindestentgeltes obliegt der Betriebsleitung und dem Arbeiterschutz, wobei sich beide durch ihre Organisationen unterstützen können.

4. Für Überstunden sind mindestens 25 v. H. für Nacharbeit außer bei Schichtwechsel) und für Sonntagsarbeit 50 v. H. Fuschlag zu gewähren.

5. Die Änderung laufender Tarifverträge ist erst nach ihrem Ablauf zulässig. Als Richtlöhne sind nachstehende Sätze vorgegeben worden:

Der Zeitlohn muss in der höchsten Ortsklasse mindestens befragt für männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 80 Pf. pro Stunde, von 16 bis 18 Jahren 110 M., von 18 bis 20 Jahren 130 M., über 20 Jahren, über 20 Jahren 150 M.; in der niedrigsten Ortsklasse für männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 60 Pf. pro Stunde, von 16 bis 18 Jahren 80 Pf., von 18 bis 20 Jahren 1 M., über 20 Jahren 120 M.

Damit hat der Textarbeiterverband einen wesentlichen Schritt nach vorwärts gemacht. Wir haben die steinindustriellen Verbände schon längst aufgefordert, daß auch sie der großen Berliner Arbeitergemeinschaft beitreten sollten, leider war bisher eine Zustimmung hierzu nicht zu erlangen.

## Wie verbilligen wir den Kleinwohnungsbau?

Au zahllosen Orten bei uns sollen und müssen Kleinstwohnungen gebaut werden, aber überall steht man auf daß Sinnes der unheilvollen Zuverlässigkeit des Baues. Da ist es von größter Wichtigkeit, sich über die richtigen Wege, die zu einer Verbilligung einzuschlagen sind, klar zu werden. In dieser Hinsicht liefert der Dortmunder Stadtbauminister Dr. Ing. Wolf in einem Aussatz "Technisch-Konstruktives beim Kleinwohnungsbau" im Januar/März-Ausgabe des "Westfälischen Wohnungsbrettes" (Münster, Düsseldorf 3) einen wichtigen Beitrag. Er führt aus, daß wir durch den Eifer der gesellschaftlichen Interessen im Begriffe seien, die Verbilligung des Kleinwohnungsbauens also einseitig im Technisch-Konstruktiven, d. h. in der Verwendung anderer Baustoffe und anderer Baukonstruktionen als bisher, zu suchen. Hier sei aber, wenn man trocken solid und dauerhaft bauen will, allem Sparreifer eine harte Grenze gesetzt, insbesondere bei den Umfassungsmauern. Der Schnittpunkt des sparsamen Kleinwohnungsbauens müsse daher auf ganz anderen Gebieten gesucht werden. Als solche gibt Dr. Ing. Wolf an: eine andere Behandlung der Bodenfrage, Aufschließung der neuen Baugebiete durch "Wissensförderung", wo also — nehmen wir an — das Etagenhaus und das Haus des Wohlhabenden die Bogen- und Aufschließungskosten für die gewöhnlichen Kleinhäuser mittragen, vereinfachte Neugestaltung der Versorgungsleistungen, weitgehende Herausziehung der eigenen Ressourcen der Siedler beim Bauen, Einstellung der Baustoffindustrie auf Einheitsarten und Normativen und endlich finanzielle Erleichterung des Kleinwohnungsbauens durch die Ergebnisse des Gartenbaus und der Kleintierzucht. Mag man im einzelnen über diese Anregungen verschieden denken, der Hauptgedanke jedenfalls ist richtig, daß die Mittel und Wege zur Verbilligung unseres Bauens, Siedlens und Wohnens keineswegs nur in der technischen Bauausführung, sondern weit darüber hinaus in einer ganzen großen Gruppe von Maßregeln zu suchen sind.

## Rundschau.

Otto Dippel †. In Frankfurt a. M. verstarb am 4. April unser Kollege Otto Dippel, 50 Jahre alt, an Lungenschwindsucht. Der Verstorbene hat besonders in Süddeutschland seit über zwei Jahrzehnten unermüdlich für die Bestrebungen des Steinarbeiterverbandes gewirkt. Besonders entfaltete Dippel eine rechte heile Arbeit unter den Steinarbeitern des unteren Maintales und des Odenwaldes. Es waren die Kollegen Spielweg und Dippel, welche bereits vor 25 Jahren im Odenwald den Organisationsgedanken mit gutem Erfolg propagierten. Nun hat die Proletarierkanttheit den unermüdlichen Kämpfer dahin gebracht. Die organisierten Steinarbeiter werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Friedensverhandlungen und die Gewerkschaftsverträge. Uns Gedenkstätige zu den Friedensverhandlungen hat die deutsche Regierung den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, gegen den Generalsekretär der deutschen Gewerksvereine, Hartmann, und den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Siegerwald, ernannt.

Zuschlässe zu Nostandarbeiten. Der Reichsminister der Finanzen hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach von den zu Nostandarbeiten geleisteten Zuschüssen die Gemeinden ein Sechstel, der Bundesstaat zwei Schäfte und das Reich drei Schäfte aufzubringen haben. Die Zahlung der Reichszuschüsse erfolgt vorzugsweise durch den Bundesstaat, in Breuhen auf Anweisung der Regierungspräsidenten, für Berlin auf Anweisung des Oberpräsidenten in Charlottenburg. Die Reichshauptstadt ist angewiesen, die von den bundesstaatlichen Kassen geleisteten Zuschüsse zu erlassen.

Die armen Reichen. Die Kapitalisten kommen darüber, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne, der Arbeitslosenunterstützung, diese "Brämte für Arbeitslose", zum Bankrott trübe. Wie es in Wahrheit damit steht, zeigt folgender Bericht der Frankfurter Zeitung über die Gewinne der Unternehmungen. An Dividenden wurden an die Aktionäre verteilt:

Waggonsfabrik Brusch in Bautzen	25 Prozent
Gitterdorfer Ziegelfabrik und Kräuterkunstfabrik	25 "
Gersdorfer Steinlohsenbauwerke	20 "
Chemnitzer Aktien-Spinnerei	12 "
Altkunstwerke Siegmundshall	8 "
Daimler	30 "
Textilo- und Kunstweberei Clevic A. G.	30 "
Maschinenbauanstalt und Eisengießerei vormals Hübler A. G.	18 "
Aktiengesellschaft Baer & Stein	40 "

So sieht das "Erlend" der Kapitalisten aus! In den 9. Tagen noch die dagegenüber Not wagen sie aus der Arbeit des Volks ungeheure Gewinne nach Hause. Diese ungeheure Kluft zwischen dem Jammer der breiten Massen und dem Raub der Kapitalisten kann nur durch geeignete Sozialisierung der Betriebe ausgeglichen werden.

Schwerbeschädigte in der Industrie. Auf dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Krüppelsfürsorge gab Herr Oberingenieur Dr. Beckmann, Berlin-Oberbürgermeister, zum erstenmal Zahlen über die Gesamtzahl der Schwerbeschädigten und der schwerbeschädigten Industriearbeiter, die wir zur Zeit in Deutschland haben. Als Schwerbeschädigte wurden dabei alle die angehenden, die mit Renten von 50 Prozent und darüber zur Entlastung gekommen sind. Nach sorgfältiger Schätzung ergab sich für den 1. Juli 1918, daß in ganz Deutschland mit etwa 160 000 bereits entlassenen Schwerbeschädigten zu rechnen ist und doch noch unter diesen etwa 45 000 Industriearbeiter bestehen. Da nun in Deutschland insgesamt zum mindesten 8 Millionen männliche und weibliche Industriearbeiter vorhanden sind, so ergibt sich, daß demnach im Durchschnitt auf 180 gewönde Industriekräfte ein schwerbeschädigter Industriearbeiter entfällt. Aus dieser verhältnismäßig niedrigen Zahl ergibt sich, daß wir auch heute noch, trotz der schweren Verluste, die uns dieser Krieg gebracht hat, nicht mit einer Überflutung unserer Industrie durch Schwerbeschädigte zu rechnen brauchen und daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch Einstellung dieser Schwerbeschädigten zur Zeit noch nicht gefährdet wird. Manche Firmen lehnen allerdings die Einstellung Schwerbeschädigter unter Hinweis darauf ab, daß sie Kriegsbeschädigte herstellt in beträchtlicher Anzahl beschäftigen. Die Beschäftigung der Schwerbeschädigten ist insofern nicht kaum als ein wirtschaftliches Opfer, zumal bei dem heutigen Marzen an Arbeitskräften anzusehen, und es sollte deshalb die Aufnahme von Schwerbeschädigten in einem Betrieb nicht von der Einstellung Schwerbeschädigter erfordern. Gerade aber gegen diese, die so besonders viel für uns tun und bitten, haben wir deshalb auch besondere Pflichten der Danbarkeit zu erfüllen.

Keine Arbeitsleistung ohne Arbeitszeitabrechnung. Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung hat durch Änderung der Verordnung vom 4. Januar 1919 d. R. Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerkschaftlicher Arbeiter angeordnet, daß als unterste Grenze der Arbeitsleistung ein Wochenarbeitszeit von 24 Stunden für die Belebung der Arbeitsleistung eines Arbeiters im Betrieb anzusehen ist. Die Deutschen Hartfeuerwerke in Ebersbach (Sachsen) haben nun 15 Arbeiter entlassen, ohne sich an jene Bestimmungen zu schließen. Dafür sind aber ledige, erst kurz in den Betrieb eingestellte Leute, weiterbeschäftigt worden. Gegen dieses Verfahren ist Protest beim Schlichtungsausschuß eingelegt worden.

## Korrespondenzen.

Bielefeld. Am 23. März fand unsere Monatsversammlung statt. Es wurde beschlossen, unser neuen Tarif respektive Arbeitsvertrag im "Steinarbeiter" bekanntzugeben. Es wurde ergreift: bei achtfündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn für Steinmeinen und Schleifer 1.62 M., für Hilfsarbeiter 1.44 M. Das Scharieren von Kunsteinen und Bau wird mit 1.98 M. entlohnt. Hierzu sei bemerkt, daß dieser Vertrag für Lippe-Detmold nicht als bindend durchgebrückt werden konnte. Um unseren dort beschäftigten Kollegen gerecht zu werden, wurde beschlossen, mit den dortigen Demobilisierungsausschüssen in Verbindung zu treten. Ferner wurde beschlossen, jeden zweiten Sonntag im Monat morgens 10 Uhr in der "Eisenhütte" (Bielefeld) eine Versammlung abzuhalten, und den der Zahlstelle von Herford nach Bielefeld zu verlegen, da dort kein Kollege in Herford beschäftigt ist.

Dresden-Pirna. Am 23. März fand eine gemeinschaftliche Versammlung der Steinbergmänner, Steinmeinen und Grabsteinbranche, im "Volkshaus" Pirna statt. Kollege Seldel erstattete Bericht der Lohnkommission, die mit den Unternehmern und Kollegen Walther vom Centralvorstand über Leuerungsangaben und Einführung des Lohnes verhandelt hatten. Leider hatten die Unternehmer für unsere alte und gerechte Forderung: Abfassung des Aftord-Wuchs-Systems keine Sympathie und lehnen für Bauarbeiten das Tagelohn glatt ab. Auch unserem weiteren Fortschreiten zeigten sie wenig Entgegenkommen. Für die Grabsteinbranche, wo nur in Lohn gearbeitet wird, bewilligten wir ob 1. April 2 M. Stundenlohn ab 1. Juli 2.25 M. Auf den Aftordtarif 100 Prozent Fuschlag, dergleichen für eigenen Gehir 1 Prozent unter der Verpflichtung, bei Ablauf des "Sachtarif's" Meistergehir 1 Prozent zu stellen. In langer und teilweise heftiger Debatte, in der auch zwei Anträge eingangen, beschlossen die Versammlungen, die Lohnkommission durch diese Anträge nicht zu binden und verlangen, daß diese nochmals energisch die geteilten Forderungen vertreten soll. Kollege Seldel berichtet noch über die Lohnbewegung in der Poste und im Cottaer Gebiet in der Steingewinnung. Zum Schlus empfahl er die Wahl der Arbeiter- und Betriebsräte, bei der Unschärheit unseres Gewerbes auf zentraler Grundlage einzuführen. Das wird einstimmig beschlossen. Am 30. März kamen nur dieselben Branchen im "Volkshaus" zu Dresden zur Beschlusssitzung über die nochmaligen Verhandlungen. Kollege Gust. Seler gibt den Bericht der Lohnkommission, den der Kollege Arthur Richter in der Debatte ergänzt. Am 1. Juni bewilligten die Unternehmer 2.25 M. Stundenlohn und auf den Aftordtarif 110 Prozent. Schriftshauer in Lohn lehnten sie ab und bestanden auf dem Schriftshauertarif. Die Lohnzahlung erfolgt Freitag abend. Sonnabend mittag 1 Tag Arbeitsschluß. Ablösung beim 1. und 2. Tag bei 3 Kilometer Entfernung je 1 M. Für eigenes Gehir 1 Prozent. Die Abmachungen gelten bis 1. Oktober 1919, von da an monatliche Rücksicht. Bei Nichtkündigung Ablauf wie es im Sachtarif vor geschrieben ist. Alle Punkte, über die noch keine Einigung erzielt wurde, sollen innerhalb 14 Tagen auf schriftlichem Wege erledigt werden. In der Debatte beschlossen die Anwesenden, an dem Vermittlungsamt zu dem Unternehmen 1.25 M. Stundenlohn und ab 1. Mai 1919 2.25 M. pro Stunde und auf den Aftordtarif 125 Prozent Zulage und auch für das obere Gebiet den gleichen Stundenlohn. Die Auslösung bei 3 Kilometer Entfernung soll täglich 2 M. betragen. Dieser Wechsel ist vom Vertrauensmann sofort der Zentrale, ebenso den Unternehmern zu zustellen, und erwarten die Kollegen die Bewilligung der ebdurften, wörtlich beschriebenen Forderungen durch die Unternehmer in Bilde. Mit 25 Prozent für Überstunden sind die Unwesenden einverstanden. Mit 25 Prozent für Überstunden steht noch keiner Platz greift. Das Verhältnis keine neue Summe noch Überstunden Platz greift. Das Verhältnis jeder Schriftshauer wurde stark kritisiert, denen nichts am Lohn-Schriftshauer liegt, (aber ist der Dresden Schriftshauertarif der schlechteste aller Großstädte). Die Versammlungen sind einstimmig der Meinung, daß die Posto so schnell wie möglich ebenfalls unsre Prozentzuwürde erhalten muß. Zum Schlus wünschen einige Kollegen, da der Schwerarbeiterzulage weggeschlossen ist, eine Gengabe des Vertrauensmannes um Wiederherstellung dieser Zulage.

Fürstenzell. Auch im Bavarischen Wald erwacht das Solitärschaftsgefühl immer mehr. Indem wir am Sonntag, 30. März, in Metten beschlossen haben, allen Kollegen des Bavarischen Waldes kennenzugeben, daß wir Liebergriffe gegen Unternehmer gemeinschaftlich aufzutreten, so muß erklärt werden, daß dieser Hinweis bei uns großer Befriedigung ausgelöst hat. Die Firmen Kapsreuth und Co. und Erbstdobler springen mit den Steinarbeitern öfters ganz sonderbar um. Unser Verband geht hier gut vorwärts und wie früher und schon darauf, in Bilde den neuen Gauleiter Schmidt in unserer Mitte begrüßen zu können.

Bloß und Glossenbürg. In den Versammlungen am 14. und 28. März in Bloß und am 27. März in Glossenbürg wurden die durch die Kommission in Weiden mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen bezüglich Lohnausgleich für den Achtstundentag einstimmig abgelehnt, trotzdem der Kommission begegnete werden mußte, ihr möglichst gelten zu haben. Verständen es doch die Herren Unternehmer, voran Herr Bruchner, vorzüglich, völligen Arbeitsmangel in raffiniertester Weise vorzuläuschen. Herr Bruchner hatte zu diesem Zweck sämtlichen Kollegen gekündigt. Schon am Tage nach der Vereinbarung konnte aber Herr Bruchner erklären, genug Aufträge zu haben. Wir wissen nun aus guter Quelle, daß dies auch den tatsächlichen Vereinbarungen entspricht. Weiter versuchten die Herren sofort die in den getroffenen Vereinbarungen enthaltenen Aufbesserungen nur einem Teil der Kollegen zu zahlen. Die größte Wortschärferei und Spottfindigkeit kommt dabei zur Anwendung. Herr Bruchner hält sich in einem seiner Betriebe überhaupt nicht an den Tarif gebunden. Den Hilfsarbeitern wollen die Herren jeden Lohnausgleich versagen. All diesem wird nun der Schlichtungsausschuss abhelfen müssen, wenn nicht die Herren auch noch den Tarif erheben, von höherer Instanz aus ihr Urteil zu hören. Falls die Herren wiederum fünftliche Arbeitsfähigkeit erzeugen wollen, wird ebenfalls ein gegenwärtiges Pulver dagegen zu finden sein. Es muß uns sonderbar an, daß uns die Fichtelgebirgskollegen ständig als Vorbild der Bescheidenheit entgegengehalten werden. Dies muß diesen Kollegen zu denken geben. Erfreulicherweise können wir in unserer Zahlstelle eine große Mitgliederzunahme konstatieren, noch gibt es aber Aufstrebende, die noch in unsere Reihen kommen müssen. Dies mag die Aufgabe der nächsten Tage und Wochen sein. Der Versammlungsbuch muß noch besser werden wie bisher, ebenso die Beitragszahlung. Rahmenstück darf auch in ruhigen Zeiten nicht eintreten, wie es leider früher oft der Fall war. Vertrauen gegenseitig in die erste Vorbedingung zur Errreichung unserer gewerkschaftlichen wie politischen Zielen. Deshalb freue mich, der Partei wie der gesamten Arbeiterschaften zu dienen, hoffentlich sämtliche Kollegen großes Interesse entgegenbringen. Nur durch Geschlossenheit auf allen Gebieten wird es möglich sein, uns eine menschenwürdige Existenz zu schaffen.

Görlitz. Am 28. März lagende Versammlung besiegelten sich die Kollegen speziell mit der Einführung des neuen Reichsttarifes und den damit zusammenhängenden Lohnfragen. Neben den ausführlichen Bericht der Tarifkommission in Briesel, der uns von Löbau aus zugänglich gemacht, fand eine lebhafte Diskussion. Im ganzen wurden ja die Arbeiten der dortigen Delegierten deutlich anerkannt, aber allgemein kam die Ansicht zur Geltung, daß es gehört werden könnte, die Konferenz hätte sich zur Einführung eines vereinbarten Stundenlohns erklärt. Mit Recht wurde von einem Redner betont, daß der erste Erfolg der Revolution sein würde, für uns die Einführung des Stundenlohnes zu fordern. Leider scheint die Zentrale nicht mehr auf dem alten Standpunkt zu stehen, sonst würde sie sich nicht mit aller Macht an das veraltete Aftordsystem klammern. Eigentümlich muß es übrigens an, wenn man sich erinnert, wie seinerzeit auf der Dresdner Gauforumtag die Genehmigung des Kieler Streites, wo es sich um die Einführung des Stundenlohns handelte, von einem Mitglied der Zentrale, wenn ich nicht irre, war es Kollege Starke selbst, dann begründet wurde, daß es sich doch um die Abschaffung des Aftords handelt habe. Also, das war damals, trotzdem es sich um einen der besten Aftordtarife Deutschlands handelte. Ein diesbezüglicher Antrag auf baldige Einführung des Stundenlohnes wurde gegen 1 Stimme angenommen.

Gelsenkirchen. Am 9. März fand unsere Mitgliederversammlung statt, die zu der Schaffung des Bezirkstarifes Stellung nahm. In Frage kamen die Zahlstellen Essen, Gelsenkirchen, Bochum. Kollege Peter erstattete den Bericht über die Versammlung in Essen. Die Kollegen waren einstimmig der Ansicht, das Angebot der Arbeitgeber einstweilen anzunehmen, bis die Lohn erhöhung im Bochumer Verband regelt ist. Ferner wurde angeregt, eine Bezirkskonferenz abzuhalten, zu der auch Gauleiter Hermann erscheinen soll. Es fanden einige Neuankünfte statt. Dann wurde das Arbeitsangebot der Firma Kröschner gehörig unter die Lupe genommen. Die Firma fügte tüchtige Steinmeinen, aber wenn der lang ersehnte Lohnstag kommt, ist Geld Vorrat. Um die reisenden Kollegen vor Schaden zu bewahren, fühlte sich die Versammlung veranlaßt, dies zur veröffentlichten.

Hagenberg. Am 27. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es wurden in der letzten Zeit 80 Neuankünfte gemacht, auch die Kollegen waren fast vollständig erschienen. Der Vorsitzende Neubauer sprach dann über die Einführung des Reichstarifes. Es entpankte sich eine lebhafte Diskussion über die Regelung verschiedener Punkte. Es wurden auch vom Kollegen Otto Winter herzliche Worte gesprochen über die jetzige Lage im Reich, welche die Kollegen mit großem Interesse aufnahmen. Am unteren Wahrschen Wald haben wir in den letzten 8 Monaten die allerbesten Fortschritte gemacht. Unser rührige Ortsverwaltung ist in dieser Hinsicht sehr viel zu verdanken. Wir können sagen, daß die hierigen Steinarbeiter voll und ganz hinter dem Steinmacherstand stehen.

Hausenberg. Am 27. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es entpankte sich eine lebhafte Diskussion über die Regelung verschiedener Punkte. Es wurden auch vom Kollegen Otto Winter herzliche Worte gesprochen über die jetzige Lage im Reich, welche die Kollegen mit großem Interesse aufnahmen. Am unteren Wahrschen Wald haben wir in den letzten 8 Monaten die allerbesten Fortschritte gemacht. Unser rührige Ortsverwaltung ist in dieser Hinsicht sehr viel zu verdanken. Wir können sagen, daß die hierigen Steinarbeiter voll und ganz hinter dem Steinmacherstand stehen.

Hemeran (Wart Wald). Am 23. März fand unsere Lautarbeitsversammlung statt. Käffner Berlinger erstattete den Kassenbericht. Dann wurden mehrere lokale Angelegenheiten besprochen, einige Kollegen äußerten den Wunsch, doch speziell im Bawrischen Wald noch eine Kraft neben dem Gauleiter C. nicht angestellt würde, da wir sonst mit den Zahlstellen in anderen Provinzen nicht Schritt halten können. Dank der rührigen Ortsverwaltung und der Nachbarzahlstellen Hagenberg ist es uns gelungen, auch ohne Gauleiter bereit am 24. Februar mit den hierigen Arbeitgebern vertraglich abzuschließen. Es wurden 100 Prozent erreicht, auch wurde für Verdienstentgang, der durch den Achtstundentag eingetreten war, vom 9. Dezember v. J. ab, nachgezahlt. Die Stundenlöhne betragen hier für Arbeiter 94 f., für Hilfsarbeiter 81 Pf., für weibliche Arbeiter 50 Pf. Unsere Zahlstelle zählt zur Zeit 90 Mitglieder.

Högerswerda. Am 20. März nahmen wir Rücksprache mit unserm Chef, Herrn Dittl, welcher zwei Grabsteingräber unterhält, je eines in Högerswerda und Senftenberg (L.) betreffs Lohnzulage.

Aber wie kamen wir bei Herrn D. an, und die Antwort war ein stilles Nein. Wir stehen als Steinmeinen in der Einführung noch hinter den Maurern zurück. Ein Stundenlohn für Sandsteinmeinen von 1.65 M. bis 1.80 M. ist doch bei den heutigen Verhältnissen noch ungünstig.

Als Gegenbeweis erbrachte man uns die niederen Löhne der nächsten Städte

Kölln mit 1.50 M. bis 1.75 M. und Görlitz mit 1.25 M. zugesagt, die Kollegen manche Städte noch sind, zeigen diese Zahlen. Hier sollten sich doch die Kollegen selber bewußt sein und einen angemessenen Lohn fordern, damit sie nicht zum Vordrücker werden. Kollegen sind, und sich viele zur Grabsteinbranche drängen, so heißt es auf der Hut zu sein und hier vernünftige und auskömmliche Löhne schöpfen.

Kamenz. Unsere am 28. März stattgefundenen Monatsversammlungen war leider beschränkt. Über die Firma Gericke wurde eine lebhafte Debatte geflossen, da diese Firma bei jeder Leuerungslage die meisten Hemmungen macht. Bei Annahme von Lieferungen ist sie oftmals diejenige Firma, welche am billigsten übernimmt. Über das Tarifprovisorium sind sich unsere Kollegen klar.

Dieses, wenn nicht der Tarif bis 1. Mai aufzuhören kommt, das Provisorium ab 1. April seine Gültigkeit auf ½ Jahr haben soll. Wir erwarten nur bald, daß mit den Verhandlungen eingestellt wird. Im übrigen wurde noch betont, daß man Mittel und Wege schaffen soll, um die Kollegen mehr für die Versammlungen zu gewinnen. Es sollen Bubenrechte abgehalten werden, in denen man die Kollegen erinnert, daß sie in den Versammlungen erscheinen sollten.

Löwenberg (Schlesien). Es wird uns geschrieben: Es muß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, endlich einmal das Aftordsystem durch ein gerechtes Tarifschichtsystem zu ersetzen. Bisher hat sich immer gezeigt, daß die ganze Architektur sich immer den Tarifen angepaßt

